



Landeshauptstadt
München
Kultureferat

**Vortrag anlässlich der Gedenkstunde
zum Tag des Gedenkens an den 9. November 1938
im Saal des Alten Rathauses am 9. November 2010**

PD Dr. Irmtrud Wojak

Gründungsdirektorin des NS-Dokumentationszentrums München

(Es gilt das gesprochene Wort!)

Sehr geehrte Frau Präsidentin Knobloch,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Herr Prof. Schmidbauer,
sehr geehrte Damen und Herren,

lassen Sie mich mit einer Feststellung beginnen. Die Pogrome in Folge des Attentats von Herschel Grynspan, die in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 einsetzten, waren ein Wendepunkt in der Geschichte der nationalsozialistischen Judenpolitik.

Konnte man vorher noch von einer Auswanderungs- oder besser gesagt Austreibungspolitik sprechen, nun war klar: In Deutschland war für Juden kein Platz mehr – nicht einmal, um bloß zu Überleben!

Wie kam es dazu und spielte die „Hauptstadt der Bewegung“ eine besondere Rolle?

Die Pogrome des 10./11. Novembers 1938 bildeten den vorläufigen Höhepunkt einer – nach einer Schonpause wegen der Olympischen Spiele 1936 – eskalierenden Gewaltentwicklung. Spätestens seit Mitte/ Ende 1936 zielte sie auf den völligen Ausschluss der Juden aus dem öffentlichen und wirtschaftlichen Leben:

- im Gefolge des „Anschluss“ Österreichs im März 1938 explodierte dort sofort die antisemitische Politik, es kam zu zahllosen Übergriffen und „wildem“ Arisierung. Viele Juden verließen das Land, unter anderem nach Polen, wodurch das jüdische Flüchtlingsproblem allerorten verschärft wurde,
- bereits im Mai/Juni 1938 wurden 1.600 Personen, überwiegend aus Wien, ins KZ Dachau verbracht.

Es gab, neben den so genannten „Arisierungen“, bereits weitere Planungen zur völligen Enteignung der Juden:

- Im April 1938 erließ Göring ein Gesetz, nach dem alle Juden im Deutschen Reich ihr Vermögen, soweit es 5.000 RM überstieg, bei den Finanzämtern offenlegen mussten,
- ab dem 14. Juni 1938 mussten jüdische Gewerbetreibende sich registrieren lassen.

In München eilte das städtische Gewerbeamt der Entwicklung weit voraus, indem es im März 1937 eine Juden- und Ausländerkartei zur Erfassung und Abwicklung jüdischer Gewerbebetriebe einführte.

Innerhalb nur eines Jahres wurde die Zahl der jüdischen Gewerbebetriebe 1938 um zwei Drittel (auf 666 Betriebe) vermindert. Ende 1939 sollten es nur noch 27 sein und die so genannte Arisierungsstelle – ebenfalls ein Münchner Spezifikum – konnte sich dank ihrer Willkürmaßnahmen erfolgreich schätzen.

Die antisemitischen Maßnahmen liefen auf eine vollständige Segregation der jüdischen Bevölkerung hinaus. Wie infam die nationalsozialistische Judenpolitik war, lässt sich auch daran erkennen, dass durch die Stigmatisierung und Ausplünderung der Druck erhöht wurde, Deutschland fluchtartig zu verlassen. Gleichzeitig aber wurde die Auswanderung wegen der antisemitischen Ressentiments und Gesetze in den Aufnahmeländern und der fast völligen Mittellosigkeit der Flüchtlinge immer schwerer.

Von München ging im Herbst 1938 noch dazu ein zwiespältiges Signal aus. Das „Münchner Abkommen“, das am 30. September 1938 unterzeichnet wurde, und die Besetzung des Sudetenlandes sorgten für einen Popularitätsschub Hitlers. In der Presse wurde der Diktator als Friedensbewahrer gefeiert und das Regime durch den diplomatischen Sieg bestärkt, während Hitler längst auf Krieg hinzielte und das Einlenken der Engländer und Franzosen ihm keineswegs entgegenkam. Gleichzeitig verschärfte sich durch das Abkommen allerorts die Flüchtlingsproblematik.

Gewiss waren für das Abkommen nicht *d i e* Münchner und die gleichgeschaltete Münchner Stadtverwaltung verantwortlich. Letztere setzte sich in dieser Zeit gleichwohl mit einer anderen, für die Radikalisierung der antisemitischen Maßnahmen besonders ausschlaggebenden Frage auseinander: dem Abriss der Hauptsynagoge in der Herzog-Max-Straße.

„Platz für einen großen Parkplatz“, titelte am 10. Juni 1938 der „Völkische Beobachter“. Am 8. Juni 1938 erhielt die Israelitische Kultusgemeinde völlig überraschend den Befehl, Synagoge und Gemeindehaus sowie zwei weitere Gebäude zu verkaufen und sofort zu räumen. Am Morgen des 9. Juni begannen die Abrissarbeiten.

Über diesen Vorgang ist manches geschrieben worden: Zu Recht wurde die staatliche Willkür hervorgehoben, auch die Tatsache, dass das bayerische Innenministerium unter Führung von Gauleiter Adolf Wagner die lächerlich niedrige Entschädigungssumme von 100.000 RM festlegte und dass der Abriss Resultat einer Äußerung Hitlers anlässlich eines Besuches im Lenbachhaus war.

Unberücksichtigt blieb bislang die Rolle der Münchner Stadtverwaltung unter Führung von Oberbürgermeister Karl Fiehler, NSDAP-Mitglied der ersten Stunde und als Reichsleiter sowie ab 1935 Leiter des „Hauptamtes Kommunalpolitik“ einer der 20 engsten Mitarbeiter Hitlers in der Partei. Fiehler gehörte zu den Scharfmachern. In der Diskussion über den Abriss der Synagoge gipfelte seine Karriere als Oberbürgermeister der „Hauptstadt der Bewegung“ 1938 in einer Kumpanei mit dem Innenministerium, die das Schicksal der jüdischen Gemeinde der Stadt der Willkür vollends preisgab.

Einem Vermerk des städtischen Dezernats 2 (also des Kommunalamtes) ist zu entnehmen, dass die jüdische Gemeinde am 8. Juni vom Innenministerium in Kenntnis gesetzt wurde, dass „im Zuge einer vom Führer angeordneten städtebaulichen Maßnahme die Synagoge [...] beseitigt werden müsse“.

Hitler war damit der Stichwortgeber für eine Sitzung der städtischen „Beiräte für Verwaltungs-, Finanz- und Baufragen“ am 9. Juni 1938. Ein Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung ist erhalten geblieben. Unter großem Beifall trug Oberbürgermeister Fiehler über die geplante Beseitigung der Synagoge vor. Der Abbruch solle bis zum Tag der Deutschen Kunst am 10. Juli 1938 erledigt sein. Nicht nur wegen des zweckmäßigen Parkplatzes, sondern vor allem politisch sei die Stadt daran interessiert, dass die Sache sich nicht den ganzen Sommer hinziehe. Schließlich würden die Fremden darüber Auskunft verlangen und dann hieße es: „die Synagoge...“ – was ja nicht jedem Amerikaner oder Engländer erzählt werden müsse.

Zum Thema machte Fiehler die Beseitigung der Synagoge, weil er über eine Äußerung von Christian Weber besorgt war. Der von Hitler 1933 zum Präsidenten des Kreistags von Oberbayern ernannte Nazibonze und Führer der NSDAP-Stadtratsfraktion hatte nämlich – als Verwaltungsrat des Dezernats 2 – gegenüber dem Ministerium erklärt, die Stadt gehe diese Sache nichts an, weil sie finanziell keine weiteren Belastungen übernehmen könne. Er könne sich nur vorstellen, dass die Stadt den Parkplatz „in fix und fertigem Zustand“ für 100.000 RM dem Staat abkaufe.

Daraufhin machte Fiehler den Synagogen-Abriss zu seiner Sache. Er glaube nicht, erklärte er, dass das Land Bayern zusätzlich zu den „Entschädigungskosten“ auch noch die Abbrucharbeiten und das Herrichten des Platzes übernehmen werde. (Immerhin hatte die Firma Moll 200.000 Reichsmark dafür gefordert.) Es sei „Aufgabe der Stadt, einen Parkplatz zu schaffen“. Als „Fremdenstadt“ habe München außerdem Interesse daran, dass nicht lauter Baustellen in der Stadt sind und müsse daher die Kosten selber tragen!

Bürgermeister Dr. Tempel, ebenfalls Parteigenosse, schlug in dieselbe Kerbe und wies darauf hin, es sei das erste Mal im „3. Reich, dass eine Synagoge abgebrochen wird. [...] eine politisch derart beachtliche Geschichte, dass man eigentlich mit beiden Händen zugreifen“ müsse. Fiehler wiederum wollte die Gelegenheit nutzen, da die Juden durch „die Ereignisse in Österreich“ „eingeschüchtert“ seien. Und, so trumpfte er auf, der Führer habe der Stadt 250 Millionen RM in Aussicht gestellt!

Dass der Oberbürgermeister der „Hauptstadt der Bewegung“ keine Bedenken haben konnte, wenn der Führer 250 Millionen RM in Aussicht stellte, unterstrich daraufhin auch Stadtkämmerer Pfeiffer. Fiehler aber konnte, was das Darlehen betraf, noch nachlegen: Er habe mit Reichsminister Dr. Lammers persönlich gesprochen... Die Sache laufe gut – wobei er sie auch in gewissem „Zusammenhang mit der Judenfrage insgesamt“ sehe, vor allem mit der in der Presse angekündigten Anmeldung jüdischen Vermögens. Vom Chef der Reichskanzlei habe er nämlich erfahren, dass die 250 Millionen RM aus diesem jüdischen Vermögen kommen sollten – zum Ausbau der „Hauptstadt der Bewegung“.

Damit war die Sache entschieden, der Vertrag mit der Firma Moll sollte vom städtischen Bauamt abgeschlossen werden, über die endgültige Zahlungspflicht nichts festliegen, nur – so Fiehler: „dass wir das vorerst einmal machen“.

Das Ergebnis war ebenso infam wie eindeutig: Fiehler erwirkte, dass der Abriss der Synagoge und alle Folgearbeiten aus den aus jüdischem Besitz stammenden Rücklagen für den Ausbau der „Hauptstadt der Bewegung“ finanziert werden sollten. Die Betroffenen selber, darin war er sich mit Innenminister Wagner einig, sollten für die Bezahlung selber aufkommen. Unter Beteiligung aller städtischen Ämter – keiner in der Runde widersprach Fiehler, sondern alle machten mit –, wurde das Schicksal der jüdischen Gemeinde Münchens der staatlichen Willkürmaßnahme ausgeliefert. Die Räumungsmaßnahmen des Gemeindehauses wurden auch weiterhin vom Innenministerium kontrolliert und auf den 26. Oktober festgelegt. Ende Juli entwickelte Staatssekretär Kögelmaier bereits Vorstellungen, dass neben dem geplanten Kameradschaftshaus für die Künstler auch eine Bezirkspolizeistelle auf dem Grundstück untergebracht werden könnte. Als sich die jüdische Gemeinde nicht imstande sah, den Räumungstermin einzuhalten, wurde dieser schließlich auf den 10. November 1938 terminiert.

Ausgerechnet auf den 10. November! Nachträglich kann man nur den unerträglichen Zynismus der Geschichte feststellen, dass die jüdische Gemeinde just an diesem Tag noch die letzten ihr verbliebenen Räumlichkeiten in der Herzog-Max-Straße räumen musste. Auf dem Synagogengrundstück wurde der Parkplatz errichtet, die beiden benachbarten Grundstücke

wurden dem SS-Rasse- und Siedlungshauptamt zur Verfügung gestellt, das hier – auch das ein München Spezifikum – 1940 eine Geschäftsstelle des „Lebensborn e.V.“ einrichtete.

Lassen Sie mich damit schließen. Die Ereignisse infolge des Attentats von Herschel Grynszpan am 7. November 1938 sind größtenteils bekannt; wir haben heute einige neue Details über München erfahren.

Für das NS-Regime war das Attentat ein willkommener Vorwand. Herschel Grynszpan wollte mit seiner Tat auf die nationalsozialistische, antijüdische Vertreibungspolitik aufmerksam machen. Er war erschüttert über die so genannte Polenaktion, zu deren Opfern seine Familie gehörte. Zwischen dem 27. und 29. Oktober 1938 waren im ganzen Deutschen Reich fast 17.000 Juden mit polnischer Staatsangehörigkeit, auch wenn sie schon seit Jahrzehnten in Deutschland lebten, abgeschoben worden.

Die „Polenaktion“ wurde von der Gestapo und Polizei durchgeführt. Auch in München waren die Verzeichnisse über die polnischen Juden im Einwohnermeldeamt erstellt worden. Insgesamt wurden hier 568 Menschen verhaftet. Die Inhaftierten wurden zunächst im Polizeigefängnis in der Ettstraße sowie in Stadelheim festgehalten, 521 wurden schließlich mit einem Sonderzug nach Polen abgeschoben.

Nach dem Attentat verschärfte sich die für die Juden bedrohliche Lage rasch und ließ das Schlimmste befürchten. In der Nacht vom 9. auf den 10. November kam es in München zu unzähligen Misshandlungen. Der jüdische Kaufmann Joachim Both wurde in seiner Wohnung brutal ermordet. Unzähligen Münchner Juden wurde ihr Eigentum geraubt, ihre Wohnungen wurden demoliert und ihre Geschäfte zerstört. Diese ausfindig zu machen, war wiederum mithilfe der Kartei aus dem städtischen Gewerbeamt nur allzu leicht. Auch die beiden anderen Synagogen wurden niedergebrannt.

1.000 männliche Juden wurden in München verhaftet und ins KZ Dachau verschleppt, 24 starben im KZ an den Folgen der Misshandlungen. Und was manchmal übersehen wird: Mindestens 18 jüdische Männer und Frauen nahmen sich in München nach dem 9./10. November aus Verzweiflung das Leben, wobei die Zahl vermutlich noch viel höher ist. Seit dem 9. November flohen die Münchner Juden aus ihrer Stadt, so schnell es ihnen nur möglich war.

* * *

Das Schicksal der Einzelnen ist es, das uns bewegt und von dem heute weniger die Rede war. Wir wollen an die Gewaltmaßnahmen und den Terror erinnern, der nicht erst am 9. November 1938 begann. Hierfür müssen wir die Verantwortung übernehmen.

Es gibt kaum Zeugenberichte darüber, dass der Terror in München oder auch anderswo von der Bevölkerung besonders unterstützt oder begrüßt wurde. Die Bevölkerung schaute weg, manchmal vielleicht beschämt – auch die Kirchen und ihre führenden Repräsentanten. Widerstand blieb aus.

Das Zeugnis der Verfolgten ist hierfür unsere Mahnung und damit müssen wir uns auseinandersetzen.

Der 1. Kantor der Münchner Hauptsynagoge, Emanuel Kirschner, hat eines der eindrucksvollsten Zeugnisse über die Geschehnisse in München hinterlassen und sie noch im Juni 1938 brieflich festgehalten. Fast ging es über die Kräfte des 81jährigen, doch auf dringendes Bitten des Rabbiners der Gemeinde rezitierte er beim Abschluss des letzten Gottesdienstes in der Münchner Synagoge den 102. Psalm: „Herr, höre mein Gebet, und lass mein Schreien zu dir kommen! Verbirg dein Antlitz nicht vor mir in der Not“. Kirschner sang den Psalm in der überfüllten Münchner Synagoge, dann wurden die Thora-Rollen hinausgetragen.

Sein Gesang war ein Zeugnis des Widerstands! Er machte deutlich, dass die Psalmbeter Israels sich nicht in Schweigen hüllen oder zurückziehen, sondern Klage und Anklage erheben, dass sie um die Auseinandersetzung ringen, bitten, klagen und protestieren! Der Psalm, den der Kantor vortrug, war eine Aufforderung, nicht bloß bei uns selbst zu verharren. Es gibt eine Grenze, wo wir nicht mehr mitmachen dürfen, sondern „Nein“ sagen müssen, wenn Unrecht geschieht.

Kirschner starb kurz darauf am 28. September 1938 in München – vor dem Pogrom, dessen Opfern wir heute gedenken.

Sie hören nun den 94. Psalm, vorgetragen vom Rabbiner der Israelitischen Kultusgemeinde München.